

zurück  
gegen  
sagen,  
gegore  
mache  
nach  
110 %  
seine  
sogar  
turm  
mit  
842  
wurde  
d, so  
mit  
boden,  
reditu  
135

Gat  
921  
sell  
licher  
der  
dah  
an  
l  
hren  
Ver  
h  
sor  
gegen  
stric  
tours  
feste  
Beset  
die  
erten  
engab  
noti  
liche  
und

urch  
ent  
men  
a  
Der  
it 55  
atter,  
steten  
ge  
orso  
war,  
  
riger,  
solls  
che.  
drei  
g mit  
sell  
f die  
ge  
G.  
nur  
Sicht  
in die  
Kurz  
kurz  
erige  
burg

95 b

Berlin:  
Mittwoch, 8. April.

Abo. 1. Berlin: vierfach, 1. 10. Fr.  
12. 10. Fr.; für das Morgen  
Deutschland 2. 10. 20. Fr.

(Morgen-Ausgabe.)

N 165

1857. — 10<sup>th</sup> Jahrgang.

Beobachter nehmen alle Verhandlungen des In-  
nern und Auslands an. Berlin d. 1. April. Abdruck. 81  
Inhalte: die Beiträge 2. 3.

## Inhalt.

Die staatliche Kontrolle der Eisenbahnen.  
Deutschland: von Bismarck. Meinungen: Eröffnungsschild. Aus  
Angeln: im Sprachraum.  
Italien: Von der italienischen Grenze: der italienische lan-  
dliche Zustand. Turin: Bildung der Päpste; die Papalwahl; Ge-  
spräche über romische Zustände; neapolitanische Beziehungen. Rom:  
Beziehungen an Eisenbahnen.  
Türkei: Konstantinopel: die Politik der europäischen Haupt-  
mächte im Orient.  
Amtliche Nachrichten.  
Berliner Nachrichten.  
Provinzial-Beiträge.

## Die staatliche Kontrolle der Eisenbahnen.

Die Selbstverwaltung ist schwerer, als das schädliche Sich-  
verlassen auf den faulen Riecht der Staatsaufsicht. Daher sind  
gerade die Klassen, welche am meisten zur Selbstverwaltung be-  
ruhen wollen, die wohlhabendsten Kapitalistensklaven, gern un-  
sinnig, in gemeinsamen Angleichungen und Unternehmungen  
ihre Selbstverwaltung der Staatsaufsicht in die Arme zu-  
werfen, um sich vor der eigenen Trägheit oder Unfähigkeit zu  
schützen, während viel eher zur selbständigen Führung eigner  
Angleichungen die arbeitenden Klassen genötigt sind, deren Be-  
gleiterscheinungen nicht so großer und weitreichender Natur  
sind, um zu einer Staatsaufsicht um des Schreis selbst willen auf-  
zufordern.

Man möchte sagen, wenn die Aktionäre eines großen Eisen-  
bahngesellschaften, wie der Wilhelmshöhe, nicht im Stande sind, ihre  
eigene Verwaltung zu kontrollieren, wie sollen das die Mitglieder  
einer Krankenkasse können? Aber gerade umgekehrt, die Gesellen  
und Tagelöhner kontrollieren und verwalten ihre Krankenkasse  
besser als die Aktionäre ihre Eisenbahn. Und warum das? Weil jene sich nicht denken können, daß der Staat um der luxu-  
riösen Baar Thaler willen, die in ihrer Krankenkasse umgehen,  
einen großartigen Aufschwungspark herstellen werde, diese aber  
ihre Eisenbahn für eine Sache des öffentlichen, des Staatsinter-  
esse halten, wosüber der Staat in wachen verpflichtet sei;  
weil jene sich also nicht auf die Staatsoberaufsicht verlassen,  
diese so begreifen finden, die Last der Kontrolle von sich auf den  
Staat abzuwälzen.

Wenn die Börsenwirthe den Zins- und Kapitalgewinnen gegen  
die Angriffe des Kommunismus vertheidigen, so pflegen sie nach-  
zumeinen, daß darin ein Entgelt liegt für Dienste, welche die  
Kapitalisten dem Bürger und der Gesellschaft leisten. Man  
sagt: die Disposition über das Nationalkapital, die rasch  
sich mehrende Verwaltung desselben, die Kontrolle seiner  
Bewegung sei eine schwere und für das Gemeinwohl  
höchst wichtige Aufgabe, eine Aufgabe, die für die Kapitalinhaber  
lohnt sein müßt, wenn sie sich derselben unterziehen sollen.  
So lange es sich um den theoretischen Schutz des Kapital-  
eigentums gegen die theoretischen Angriffe des Kommunismus  
handelt, zieht es gewiß keinen Kapitalisten, der nicht die Theorie  
mit Kopf und Hand vertreibt, der nicht die Gegner derselben  
theoretisch vernichtet und praktisch geschlagen sehen möchte. Wenn  
es sich aber um die praktische Lösung dieser Aufgabe, um die  
Handhabung einer Kontrolle der Kapitalverwendung von Seiten  
der Kapitalisten handelt, da sind die Herren gern eben solche  
Kommunisten, wie die Arbeiterschaft gewesen sind; da  
möchten sie die Rente und eine recht gute Rente garantieren und die  
Arbeit des Kontrollirens Andern anpassen. Wenn Louis  
Blanc verlangt, daß der Staat dem Arbeiter Broi garantire,  
da waren sie, und wir Broi, auch sie über den Kommunismus,  
der aus Kosten der Steuerzahler Lohn geben sollte, ohne daß  
Dienste geleistet werden. Selbst aber den Broi in einer reichen  
Rente zu empfangen und die Dienste, welche man von ihnen  
darf verlangt, durch einen von den Steuerzahlern bezahlten  
großen staatlichen Aufschwungspark ohne eigene Kosten leisten zu  
lassen, das dünkt gar nicht kommunistisch, sondern nur angemessen und bequem, und der öffentliche Seelen soll sie in  
öffentlicher Interesse die Dienste leisten, welche sie aus eigner  
Tatze im eigenen Privatinteresse dem Gemeinwohl zu leisten  
verpflichtet sind.

Der Krieg geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Die  
Kapitalisten vertrauen die unbedeute Wahrung ihrer Interessen  
dem Staat so lange an, bis sie einmal einen derben Stoß  
durch die praktische Erfahrung erhalten, daß der Staat genug  
dann zu thun hat, seine eigenen Aufgaben zu erfüllen und die  
von ihnen ihm zugesetzten Aufgabe nur als nebenstehlich be-  
trachten kann, die oft, aber nicht immer nebenbei miterfüllt wird.

Ein solchen derben Stoß, der die Kapitalisten aus ihrer  
schäßeligen Sicherheit als Abschneider vom Staat garantierter  
Coupon aufzittert, haben sie soeben durch die Katastrophe der

Wilhelmshöhe erlitten. Unter und trotz der Aufsicht des Staates  
ist in dem Kaiser-Oberberger Unternehmen eine Mischnverwaltung  
eingetreten, die dasselbe an den Rand des finanziellen Unterganges  
gebracht hat. Das Unternehmen will Jahre einer plädienden  
Bereitschaftsfahrt gehabt, die Verwaltung hat die letzten Jahre  
am Betrieb der Oberbau, die Schienen, Schwellen und  
Brücken vernachlässigt — und jetzt, wo die magern Jahre  
eingetreten sind, soll über ein Drittel des ursprünglichen Aktien-  
kapitals aus einem sehr preisen Reingewinn aufgebracht werden,  
um die Bahn wieder vollkommen betriebsfähig zu machen  
und das zu erzeugen, was in den letzten Jahren in Gestalt großer  
Dividenden verheißen werden soll. Die Direktion hat Eisenbahnen  
bauen sollen, sie hat Millionen und abermals Millionen  
angegommen, um sie leicht zu stellen, und jetzt, wo man  
die Früchte der verbaudeten Summen plaudern kann, meinte,  
sind neue anderthalb Millionen erforderlich, und auch diese reichen  
nicht einmal aus, um die Eisenbahnen in ihrer ganzen projek-  
tierten Ausdehnung fertig zu stellen. Eine solche Verwaltung  
ist in sich gewesen trotz der Staatsaufsicht, ist vorgezogen unter  
den Augen der Aktionäre, und beide werden an ihrer Sicher-  
heit aufgerüttelt durch den drohenden finanziellen Ruin des  
Unternehmens.

Die Aktionäre fragen: wie hat der Staat so mangelfhaft be-  
aufsichtigt können? Wir fragen: wie haben die Aktionäre so  
unverhüllt und lässig, so blind sich können? War es denn  
nicht ihre Bahn, die dem Verfall anheimfiel, war es nicht  
ihre Geld, das verwirtheitstet wurde? Die Aktionäre fragen  
wie daß der Staat eine solche Entwicklung des National-  
vermögens unter seinen Augen vorgehen lassen können? Wie  
fragen: wie haben die Aktionäre ihr eigenes Vermögen unter  
ihren Augen so entwischen lassen können?

Die Staatsregierung hat die Eisenbahnen im landespolizei-  
lichen Interesse zu beanspruchen. Sie ist nicht die Hälften des  
Reiches der Aktionäre. Es ist freilich ein Fehler gemacht,  
daß es geduldet hat, wenn man sie als das Verkarte  
aus. Allein ein geradezu unverzeihlicher Fehler war es, wenn  
die Aktionäre sich in diese Illusion einzweigten und glaubten,  
freunde Augen würden ein fremdes Interesse besser bewachen,  
als eigene Augen das eigene Interesse!

Die Staatsregierung hat die Eisenbahnen im landespolizei-

welches den Beschwerden der beiden deutschen Großmächte nac-  
hends ein Angeschub gemacht ist, heißt er, wie erwartet, in  
Berlin und Wien eine Verhandlung vom 9. März mit, aus  
welcher nachträglich noch ein gewisser quere Wille, einigermaßen  
evidenter, hervortreten sollte. Das in Wien übergebene  
Urtheil lautet nach dem 22. März. Zug:

Die heutige deutsche Regierung plant nachgewiesen zu haben, daß  
sie in der ganzen Verfassungs-Angelegenheit Verfassungsmäßigkeit vorge-  
nommen hat und sich damit unter Staatsbedrohung befunden. Das Verfassungs-  
gesetz vom 22. Oktober 1855 nachträglich den Staaten um Verfassung  
vereinigt. Dabei hat dieselbe zugleich die Vereinigungslust ausge-  
prochen, ferner bestrebt, die Regierung in Wien zu schützen. Nachdem jedoch  
die heutige Regierung noch nicht gefunden, sonder weiter kon-  
zessiv, in der an den Königlichen Gebieten am 1. Okt. unter  
23. v. M. erlassenen Decrete nicht genannt werden, weil es nicht in  
der Macht der Regierung liegen sollte, denselben die Belehrung  
zu geben könnte, das durch solche den Anforderungen des deutschen  
Großmächte ein Gewiss geschehen ist. Gleichzeitig ist indessen der  
tunzige deutsche Bundesstaat angewiesen worden, bei dem  
gewisse nachrichtliche weitere Mitteilung zu machen. Au und sie  
wird nicht in Weise zu stellen sein, wie die Verwaltung der  
einzelnen Eisenbahnen, deren Ertrag gemeinschaftlich war und bleibt  
muss, aus einer gemeinschaftlichen sein müsse; die heutige deutsche  
Regierung kann es daher nur leichtesten, dieser Einheit der  
Verwaltung, Ertrag gebracht zu haben. Um jedoch der einzigen  
weisen und unbedeutenden, Behörde obzuhaben, welche mit Bezug  
auf die so genannte Domänenfrage bei der Bevölkerung Holsteins  
vorhanden, zum Teil vielleicht auerkannt werden kann, hat das  
fürstliche Ministerium beschlossen, daß der Minister dem Könige aller-  
unterordnungs daran anzutragen, daß der Minister für Holstein und  
Lauenburg, wie seit Errichtung dieses Ministeriums am 22. Jan. 1852,  
so auch mit die Verwaltung der Domänenverwaltungsvor-  
schriften mit Verantwortlichkeit vor dem Reichsrath, wie solches nächst-  
liegend des Herzogs Lauenburg der Fall ist, vorzulegen, daß die  
Königlichen Habs von Wien und Berlin sich hiermit und mit der selber  
gegebenen Konzession befriedigt erklären. Das die Verantwortung  
des Ministers vor dem Reichsrath beobachtet bleibt, sonst mit Rot-  
wendigkeit parat, daß die Domänen-Ertrag, dem überferierten Her-  
zogtum, wie der holsteinischen Verfassung vom 11. Juni 1854 gemäß,  
unwiderrührbar in die gemeinschaftliche Lohn zur Bekämpfung der ge-  
meinsamen Nachbarn führen, auch die Domänen-Angelegenheiten einer  
jeden Belehrung der Provinzial-Verwaltungen, wie Provinzial-Re-  
gierung, unabkömmlich entzogen waren. (Zu vergleichen § 3 der Alter-  
holsteinischen Verfassung vom 15. Mai 1854, betreffend die provisorische  
Institution der Provinzial-Regierung für die Herzogthümer Schleswig  
und Holstein.)

Es ist befürchtet die nachträgliche Eröffnung in Wien wie in

Berlin ungünstig beschieden werden; doch erhält nicht, welche  
Schritte des dänischen Kabinetts innerhalb der Bedeutung von 3 Wo-  
chen, die angeblich demselben neuerdings gewährt worden ist, eigentlich  
erwartet werden. — Was die Stellung der übrigen Großmächte  
 betrifft, so ist bekannt, mit welchem Eifer Lord Palmerston, der  
Vorläufer aller unterordnungs Nationalitäten, sich von Anfang  
bis zu Ende bei der Rebevorstellung der deutschen Herzogthümer  
beteiligt hat, und es ist kein Grund vorhanden, eine Änderung  
der uns entschieden feindlichen Überlieferungen der eng-  
lischen Politik anzunehmen. Das Frankreich im Besitz  
ebenfalls auf Dänemarks Seite steht, ist kaum zu be-  
wiesen, obwohl sie seine Sympathie zunächst etwas müd und  
vorlistig auf den Tag legt, und schon im Interesse einer neuen  
schiedsrichterlichen Einigung sich nicht gerade geneigt zeigt,  
wie dänische Annahme von vorherem unbedeu-ten zu befürchten.

Das unmittelbare Engtalien steht in die An-  
gelegenheit es noch in frischer Weise, und wenn irgendwo,  
so steht hierzu sein System auf unverdeckter Grundlage.  
Dede Nachbar für Preussen in der schroffen Weise weg-  
zuweisen, wie vor einigen Jahren, ist heute freilich nicht  
recht ratsam. So bringt denn der „Alten. Korr.“ sogar als  
„verdekt“ eine Mitteilung, nach welcher Angabe dem dänischen  
Kabinete dringend ein verbindliches und nachdrückiges Ver-  
sprechen empfohlen und die Kompetenz des deutschen Bundes an-  
erkannt haben soll, mit dem Hinzufügen, daß die betreffende  
russische Note bald werde veröffentlicht werden. Es ist nicht  
unwahrscheinlich, daß Auplano in seinen offiziellen Kundgebun-  
gen gegenwärtig noch eine ähnliche Verhandlung bewahrt wie  
Frankreich, und zunächst nur nach allen Seiten Mahnmale  
zum Frieden ausstellt; und würde man schwerlich  
dem deutschen Bunde verargen können, die Angelegenheit  
zu berichten, vorausgeht daß dann die Belehrung an das  
höhere europäische Tribunal zu überreichen und dort in zweiter  
Instanz zu laufen würden. Aber daß die beiden Mächte in  
kräftiger Weise auftreten müssen, wenn sie Frankreich und  
Auplano wirklich in einer passiven Stellung festhalten wollen,  
ergiebt sich aus der ganzen Lage, die offiziellen Blätter noch den Krieg,

## Deutschland.

\* Berlin, 7. April. Radem. Herr v. Buelow die  
dänischen Depeschen vom 23. Februar überbrachte, in

gangenheit von Neuem und immer klarer in ihre Kreise zieht.  
Da kommt der gereue Seemann mehr als einmal im Drange  
seines holzischen und raschen Temperaments und mit jener  
Zeitgeist auf, welche das Alter und die qualvolle Wehr  
gegen die schmerzhafte Erinnerung aus befehlte geleistet. Doch  
mehr beginnt in ihm der Streit des Vaterlandes und der tie-  
len verlorenen Ehre, die die dunklen Geschäftsklüsse sich über und seit  
ihren Geiste das heitere Licht zurückgedeckt, welches seinem leid-  
haften Auge verzeigt ist. Es war eine Angstlung in dem  
Spiegel des gaflenden Künstlers, die eben so die Kritik nach  
allen Seiten hin befriedigte, als sie die Empfindung durch ihre  
weiche und seelenvolle Dämlichkeit unablässig gefangen hielt. Vor  
dem seinen, lebendigen Blättern zur Charakteristik der Münd-  
heit zu den Ausdrücken des erschöpften Gemüths waltete eine  
gleichmäßige Vorliebstümlichkeit und der reine Stil theatralischer  
Darstellung. In der zweiten Seite des Abends, einer häuslichen  
Seite: „Im Alter“ erjöscht Herr v. Buelow in der Rolle eines  
alten Herrn, der noch einer in hochsitzenden Plänen und breiter  
Kreiselsicht verbrachten Jugend, obwohl einen einzigen seiner Wän-  
de zerstört und er entwinkelte sich vor und ein humoristisches  
Schauspiel des Kampfes zwischen verächtlichen Philistergewöhnlich-  
keiten und freier, regelhafter Freiheit, zwischen Haust und Fremde,  
zwischen Prosa und Poche. Ein altertümliches Charakterbild in  
der meisterhaften Darstellung des Künstlers, von seiner Lebend-  
wohlheit, großflorissem Komik und räuberischer Gemüthslichkeit. T.

Wichtigkeit und Verlustwürdigkeit erschienen, als der eben heraus-  
gekommen Briefwechsel zwischen Friedrich Geng und  
Adm. Heinrich Möller 1800—1829. Diese beiden  
Freunden, die im österreichischen Staatsdienste geendet haben,  
gehören unbestreitig zu den bedeutendsten Persönlichkeiten, deren  
Geist, Charakter und Werken noch lange nicht genau gewürdigt  
und selbst nach vieler wichtigen Beitrag noch nicht schriftlich  
abgeschafft werden kan, weil noch Vieles, die bei Geng noch  
belebt ist, und seitdem es nicht mehr in den Händen steht, eine Auseinander-  
setzung der beiden Mächte verhindert, eine Überlieferung der eng-  
lischen Politik annehmen. Das Frankreich im Besitz  
ebenfalls auf Dänemarks Seite steht, ist kaum zu be-  
wiesen, obwohl sie seine Sympathie zunächst etwas müd und  
vorlistig auf den Tag legt, und dann doch im schrofen größten Er-  
folg auszufrischen und Neimäßig werden, so höchst ergötzlich.  
Dabei mag man zugleich die Höhe des Geistes und die Nähe  
der Schriftlichkeit bewundern, mit der beide in dem Gewirre der  
Politik immer ihres eigenen Ziel verfolgen, im Staatsdienste ge-  
wissenhaften doch nur in ihrem eignen leben, als Gegner der  
russischen Note bald werde veröffentlicht werden. Es ist nicht  
unwahrscheinlich, daß Auplano in seinen offiziellen Kundgebun-  
gen gegenwärtig noch eine ähnliche Verhandlung bewahrt wie  
Frankreich, und zunächst nur nach allen Seiten Mahnmale  
zum Frieden ausstellt; und würde man schwerlich  
dem deutschen Bunde verargen können, die Angelegenheit  
zu berichten, vorausgeht daß dann die Belehrung an das  
höhere europäische Tribunal zu überreichen und dort in zweiter  
Instanz zu laufen würden. Aber daß die beiden Mächte in  
kräftiger Weise auftreten müssen, wenn sie Frankreich und  
Auplano wirklich in einer passiven Stellung festhalten wollen,  
ergiebt sich aus der ganzen Lage, die offiziellen Blätter noch den Krieg,

## Kleine Mittheilungen.

Wohl seit langer Zeit ist bei uns kein Buch von solcher